

zu beenden; und in Zukunft müssen alle Energieoptionen gleich behandelt werden, auf der Basis einer vollen Hereinnahme aller damit verbundenen Kosten.

2. Der Konvent möge daher auch der nächsten Konferenz auf Regierungsebene vorschlagen, den Euratomvertrag in seiner gegenwärtigen Form zu beenden und die Angelegenheiten der Kernenergie entweder auf der Ebene allgemeiner Verträge oder in der neuen Verfassung mitzubehandeln.
3. Jedes neue, geänderte oder bekräftigte europäische Übereinkommen zum Kernenergiesektor darf nur von der Gesundheit und Sicherheit der Öffentlichkeit, dem Schutz der Umwelt und der materiellen Sicherheit nuklearer Stoffe ausgehen.
4. Die neue europäische Verfassungslösung muß garantieren, daß alle sich auf Energiefragen beziehenden Entscheidungen unter dem Prinzip demokratischer Offenlegung und Kontrolle stehen, insbesondere durch Mitentscheidungen des Europaparlaments und eine öffentliche Kontrolle durch offene, transparente und rechtzeitige Zugänglichkeit zu Informationen und Verfahren.
5. Jede neue revidierte oder bekräftigte europäische Übereinkunft zum Energiesektor muß das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als Gesamtziel beinhalten und deshalb besonderes Augenmerk auf effizienten Energieeinsatz und erneuerbare Energiequellen legen.
6. Bis die vorstehenden Veränderung Platz gegriffen haben, muß die Europäische Kommission alle Vorschläge stoppen, die darauf abzielen, neue und

verstärkte Regulierungsmacht an Euratom zu geben.

(Übersetzung aus dem Englischen von Annette Hack)

Diesen Aufruf haben, neben dem Initiator Friends of the Earth unter anderem auch unterzeichnet die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), der Deutsche Verband für Tschernobyl-Hilfe (DVTH), die Gesellschaft für Strahlenschutz (GSS) und Greenpeace international.

Weitere Informationen unter <http://www.foeeurope.org>

Kommentar

In diesen Wochen gibt es Bewegung um EURATOM, diese alte graue Institution, die jahrzehntelang von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt und vom Europäischen Parlament unkontrolliert den Ausbau der Kernenergienutzung in Westeuropa politisch, finanziell und logistisch gefördert hat. EURATOM hat an vielen Stellen maßgeblich die Entscheidungen der westeuropäischen Staaten beeinflusst, ohne viel darüber zu diskutieren. Ein Beispiel stellt die Beeinflussung der nationalen Strahlenschutzverordnungen durch EURATOM-Richtlinien dar. Wir haben im Strahlentelex ausführlich über die Schwächen der neuen deutschen Strahlenschutzverordnung berichtet. Entscheidende Probleme der Strahlenschutzverordnung gehen auf die widerstandslose Übernahme von EURATOM-Texten und EURATOM-Tabellenwerken zurück. Es ist tatsächlich schwer, herauszubekommen, welche Personen EURATOM verkörpern. Wer arbeitet dort, wer hat die grauen Damen und Herren zu EURATOM geschickt, haben sie irgendein nationales Mandat? Sind es Vertreter der nationalen Atomwirtschaftsstrukturen?

In der kontroversen Diskussion um die neue deutsche Strahlenschutzverordnung gab

es harte Angriffe auf die Entwürfe des Umweltministeriums. Das Ministerium verwies dann gerne auf die EURATOM-Richtlinie im Hintergrund als Begründung für eine Verschlechterung des Strahlenschutzes. Wer weshalb in wessen Auftrag die Richtlinie zu verantworten hatte, wurde niemals Gegenstand der Debatte. Auf diese völlig intransparente und undemokratische Weise wurden zahllose vollendete Tatsachen im Bereich nationaler Gesetze und Verordnungen geschaffen, für die die eigentlich verantwortlichen nationalen Politiker sich die Hände in Unschuld wuschen.

Es ist sehr erfreulich, daß – allerdings viel zu spät – die kritischen Verbände auf die Schlüsselstellung von EURATOM aufmerksam wurden und nun versuchen, im Kontext der entstehenden Europäischen Verfassung eine Entmachtung von EURATOM anzuregen.

Unabhängig von der vorste-

hend dokumentierten Initiative der über 100 Verbände gibt es einen verwandten Beitrag von drei stellvertretenden Mitgliedern des Verfassungs-Konvents der EU: Marie Nagy, Renée Wagner und Neil McCormick: „Die Zukunft des Euratom-Vertrages im Rahmen der Europäischen Verfassung“ (CONV 563/03). In diesem Papier werden wesentliche Mängel von EURATOM klar angesprochen und Änderungsvorschläge im Detail formuliert. Bedauerlicherweise halten sich die beiden einzigen grünen Mitglieder des Konvents, Joschka Fischer und Johannes Voggenhuber, aus der Attacke auf EURATOM völlig heraus. In Anbetracht der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union und der eher atomfreundlichen Haltung der Zugänge wäre es jetzt wirklich wichtig, den Atomausstieg in den Europäischen Verträgen zu verankern – wenn man ihn denn überhaupt ernst meint.

S.Pf. ●

Atomwirtschaft

Die Urananreicherungsanlage Gronau soll erweitert werden

Gronau steht außerhalb des Atomkonsens. Der AKU bittet um Beteiligung bei den Einwendungen.

Die Genehmigung zur Erweiterung der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau steht bevor. Die Anlage soll von bisher 1.800 Tonnen Urantrennarbeit (UTA) pro Jahr auf 4.500 Tonnen pro Jahr erweitert werden und so 800 Tonnen angereichertes Uran produzieren. Beantragt ist außerdem die Neuerrichtung eines „Zwischen“-Lagers für 60.000 Tonnen Uranoxid. Die Erweiterung ist die Grundlage für einen Ausbau der Atomenergiegewinnung auch im europäischen Rahmen und soll der Versorgung von

circa 35 Atomkraftwerken statt bisher 15 dienen. Sie steht damit im Gegensatz zu dem von den rot-grünen Regierungsparteien im „Atomkonsens“ behaupteten Ausstieg aus der Atomenergie. Die Einwendungsfrist läuft noch bis zum 26. März 2003. Der Erörterungstermin soll dann im Herbst 2003 stattfinden.

Während deutsche Atomkraftwerke angeblich ein Auslaufmodell sein sollen, expandiert die einzige deutsche Urananreicherungsanlage

und Gronau entwickelt sich zu einer „Drehscheibe des internationalen Urangeschäfts“, beklagt man im örtlichen Arbeitskreis Umwelt (AKU), der beharrlich, überregional aber kaum beachtet, dagegen protestiert. Am 2. März 2003 versammelten sich die Atomgegner zum mittlerweile 200. Mal zu ihrem traditionellen Sonntagsspaziergang.

Während Bundesumweltminister Trittin (Grüne) behauptet, Atomtransporte würden dank Zwischenlager ab 2005 praktisch überflüssig, fänden mehr Uran-Transporte denn je von und nach Gronau statt, kritisiert der AKU.

Solche Ansichten stoßen im Bundesumweltministerium auf Unverständnis. Rechtlich gesehen falle die Urananreicherungsanlage gar nicht unter den gesetzlich verankerten Atomkonsens. Nur 20 Prozent des dort angereicherten Urans seien schließlich für deutsche Atomkraftwerke bestimmt. Und außerdem sei der Bund gar nicht zuständig, die Genehmigung für den Ausbau von Gronau erteile das Land Nordrhein-Westfalen.

Der Anlagenbetreiber Urenco, ein britisch-deutsch-niederländisches Konsortium, an dem RWE und Eon beteiligt sind, will für den Ausbau von

Gronau 800 Millionen Euro investieren. Das rentiere sich, weil sich Urenco nach eigener Aussage auf dem Weltmarkt trotz Verdrängungswettbewerbs immer besser behauptet. Man arbeite in Gronau mit dem Zentrifugenverfahren, das bei der Urananreicherung nur ein Sechzigstel des Stroms benötige, den die Konkurrenten in Frankreich und den USA mit dem Diffusionsverfahren verbrauchen.

Dabei wird Uran-238 abgetrennt und der Anteil an Uran-235 von 0,7 Prozent im Natururan in mehreren Stufen auf 3 bis 5 Prozent erhöht. Den in Gronau entstehenden Uran-

Müll läßt Urenco nach Rußland schaffen, was weitere Transporte nötig macht. Um diese zu verringern wünscht sich Urenco ein neues Zwischenlager.

Informationen sind beim Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau erhältlich, ebenfalls vorgefertigte Einwendungslisten: AKU-Gronau, Siedlerweg 7, 48599 Gronau, ☎ 02562- 23125, email: info@aku-gronau.de, homepage: www.aku-gronau.de. Eine weitere Einwendungsliste der nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände ist zu erhalten unter www.bund-nrw.de/atom-gronau.htm ●

Lesermeinung

„Bessy“ gegen „Dimona“

Das Berliner Elektronensynchrotron „BESSY“, in Jordanien mit 340-fach verbesserter Leistung als „BESSY 1a“ wieder aufgebaut, könnte das Schicksal des Reaktors „OSIRIS“ in Bagdad erleiden. In der vorigen Ausgabe des Strahlentelex (Nr. 386-387 vom 06.02.2003, S. 1+2) hatte Dr. Reinhard Brandt, Professor i. R. für Kernchemie an der Philipps-Universität Marburg, davor gewarnt. „OSIRIS“ („OSIRAK“) war seinerzeit kurz vor Fertigstellung von Israel zerstört worden. Auch mit „BESSY“ läßt sich Plutonium zum Bombenbau produzieren. Professor Dr. Hartwig Spitzer vom Institut für Experimentalphysik und der Arbeitsgruppe für Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit (CENSIS) in der Universität Hamburg, hält solche Befürchtungen für übertrieben. Brandt sieht seine Bedenken durch die Ausführungen von Spitzer bestätigt.

Als langjähriger Leser des Strahlentelex und Nachbar des Hamburger Synchro-Strahlungslabors möchte ich mich kurz zum Beitrag von Prof. Reinhard Brandt über den Aufbau des BESSY 1a Elektronen-Synchrotrons in Jordanien äußern. Ich halte die von R. Brandt mitgeteilten Befürchtungen, daß BESSY 1a zum Erbrüten von Plutonium mißbraucht werden könnte, für ziemlich übertrieben.

Zum Erbrüten eignen sich viel eher streng abgeriegelte Atomreaktoren wie der in Dimona oder anderswo.

Der Aufbau eines Neutronen-

strahls an einem 2 GeV-Elektronenbeschleuniger läßt sich topologisch aus der Geometrie der Abschirmungen leicht erkennen. Ich kann mir schwer vorstellen, daß so etwas in einem offenen multinationalen Labor, das von Israel mitgenutzt wird, verborgen bleibt.

Sollte dort aber ein Neutronenstrahl für Materialforschungszwecke als Teil des offiziellen Forschungsprogrammes installiert werden, so kann der mögliche Mißbrauch zum Erbrüten von Plutonium z. B. auch durch Inspektionen der IAEA festgestellt und damit abgeschreckt werden.

Insgesamt sind die Proliferationsrisiken durch Weiterverbreitung von ziviler Reaktortechnologie und den vergleichsweise lückenhaften Schutz russischer und sonstiger Bestände an Spaltmaterial um ein Vielfaches größer.

Prof. Dr. Hartwig Spitzer

Universität Hamburg, Institut für Experimentalphysik, Arbeitsgruppe für Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit (CENSIS) in der Universität Hamburg

Kommentar

Der Leserbrief von Herrn Professor Spitzer ist sehr instruktiv. Dem ausgewiesenen Fachmann für Experimentalphysik kann ich auf der technischen Ebene nur zustimmen:

- Natürlich produziert der „streng abgeriegelte Atomreaktor DIMONA“ sehr viel mehr Plutonium als BESSY 1a jemals können wird. Aber BESSY 1a kann eben auch Plutonium produzieren – und zwar mehr als „nur ein paar Atome“, wie erstaunlicherweise und völlig falsch in Deutschland publiziert wird. Es ist interessant, daß der deutsche Physiker von allen derartigen Atomreaktoren auf der Erde jenen zitiert, der in Israel steht.

- Natürlich kann man mit dem 2,5 GeV Elektronenbeschleuniger (der 90 Prozent der Realzeit sowieso müßig umhersteht!) einen „Neutronenstrahl für Materialforschungszwecke als Teil des offiziellen Forschungsprogrammes“ installieren. Daran läßt sich allerlei lernen.

Der Fachmann für „Internationale Sicherheit“ darf natürlich feststellen, daß die „Befürchtungen, daß BESSY 1a zum Erbrüten von Plutonium mißbraucht werden könnte, ziemlich übertrieben sind“. Aber die Frage muß doch erlaubt sein, was die unmittelbar betroffenen israelischen Kollegen in Jerusalem davon halten. Die haben sich sehr eindeutig geäußert, wie in der israelischen Tageszeitung *Haa-retz* nachzulesen ist. Man sprach dort sehr deutlich über „OSIRAK“. Da sollte man sich wohl überlegen dürfen, ob 8 Millionen Euro unserer europäischen Steuergelder für den Aufbau von BESSY 1a in Sichtweite der Zinnen der dreifach Heiligen Stadt Jerusalem sehr sinnvoll investiert sein werden.

Prof. Dr. Reinhard Brandt,

i. R.
Kernchemie, Philipps Universität,
Marburg ●